



Anfragen: Wintersession 2022

Direktion Nummer	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)			
16	Pichard (Biel, GLP)	Zieldefinition von Frühfranzösisch	3
21	Zryd (Magglingen, SP)	Keine kalten Lernschwimmbecken	4
Sicherheitsdirektion (SID)			
7	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)	Wie ist es um die Elektrifizierung des kantonalen Traktorenbestands bestellt?	5
23	von Bergen (Uetendorf, EVP) (Sprecher/in) Streiff (Oberwangen, EVP) Bossard-Jenni (Oberburg, EVP)	Sterben hinter Gittern	6
Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)			
5	Gerber (Hinterkappelen, Grüne)	Neues Polizeibootshaus auf dem Wohlensee	7
17	Bossard-Jenni (Oberburg, EVP)	Wann kommt der Radweg Oberburg-Hasle wieder ins Parlament?	8
24	Brügger (Höfen b. Thun, SVP)	Erweiterungsbau des Gymnasiums Thun	9
Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)			
1	Matti (Zweisimmen, Die Mitte)	Tourismus Kanton Bern wie weiter?	10
2	Matti (Zweisimmen, Die Mitte)	Destinationsentwicklung Tourismus Kanton Bern	11
3	Remund (Mittelhäusern, Grüne) (Sprecher/in) Kohler (Meiringen, Grüne)	Netzanschluss-Praxis der BKW: Beschleunigung möglich und nötig	12
13	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)	Wie erfolgreich ist die jagdliche Regulierung des Hirschbestands im Kanton Bern?	13
14	Rüfenacht (Burgdorf, SP)	Standards zur Anpassungen der Waldbewirtschaftung an den Klimawandel	14
15	Rüfenacht (Burgdorf, SP)	Wirkungskontrolle bei der Beratung der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer	15
18	Freudiger (Langenthal, SVP)	COVID-Entschädigungen für Gastronomiebetriebe, die Gäste diskriminieren?	16

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)

8	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Warum mischt sich der Verwaltungsratspräsident der Inselgruppe in den Thuner Wahlkampf ein?	17
9	Kohler (Spiegel b. Bern, FDP)	Finanzierung eines Pilotprojekts für spezialisierte Palliative Care in der Langzeitpflege	18
12	Herren-Brauen (Rosshäusern, Die Mitte)	Befragung «Bedarf an Übergangspflege im Kanton Bern» 2020	19
19	Wenger (Meikirch, SVP)	Gesetzeskonforme Umsetzung des Verwaltungsgerichtsurteils zu den vorläufig Aufgenommenen durch die Gemeinden, insb. durch die Stadt Bern?	20
20	Knutti (Weissenburg, SVP) (Sprecher/in) Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP) Schär (Schönried, FDP) Blatti (Oberwil im Simmental, EDU) Matti (Zweisimmen, Die Mitte)	Beteiligung Kanton Bern am Spital Zweisimmen	21
22	Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP) (Sprecher/in) Knutti (Weissenburg, SVP) Schär (Schönried, FDP) Matti (Zweisimmen, Die Mitte) Blatti (Oberwil im Simmental, EDU)	Ersatz des Lebenszyklusmanagements nach Artikel 56 SpVG	22
25	Kocher Hirt (Worben, SP) (Sprecher/in) Dunning (Biel, SP)	Welche Rolle nimmt der Kanton Bern als Minderheitsaktionär im neuen Versorgungsmodell Réseau de l'Arc ein?	23

Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)

4	Bösiger (Niederbipp, SVP)	Missstände im Antragswesen für Familien- und Kinderzulagen in der Landwirtschaft	24
6	Schneider (Biel, SVP)	Zwangsheiraten im Berner «Haus der Religionen»	25
10	Bohnenblust (Biel, FDP)	Grundbuchämter: Stand der hängigen Geschäfte und Pen- denzen	26
11	Bohnenblust (Biel, FDP)	Kantonales Grundbuchamt: Zum Abgang in der zentralen Amtsleitung	27

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Pichard (Biel, GLP)

Beantwortung: BKD

Zieldefinition von Frühfranzösisch

Aufgrund der schwachen Ergebnisse in der Evaluation der Französischleistungen (ÜGK 2020) erlaube ich mir, der Bildungsdirektion folgende Fragen zu stellen:

Fragen:

1. Was ist genau die Zieldefinition von Frühfranzösisch?
2. Sollen die Schülerinnen und Schüler am Ende der Schulzeit besser Französisch verstehen, sprechen oder schreiben?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Zryd (Magglingen, SP)

Beantwortung: BKD

Keine kalten Lernschwimmbecken

Während der Corona-Pandemie waren zahlreiche Badeanstalten geschlossen und die Kinder konnten vermehrt den obligatorischen Schwimmunterricht nicht mehr besuchen. Mit der Temperaturabsenkung (aus energietechnischen Gründen) der Bäder, bleibt ihnen auch diesen Herbst und Winter der wichtige Zugang zum Erlernen der Fachkompetenz Schwimmen verwehrt. Schon eine geringe Absenkung der Temperatur um 2 Grad Celsius verunmöglicht bei kleinen Kindern die Wasserangewöhnung. Sie frieren sofort und können nur ganz kurze Zeit im Wasser ausharren. In mehreren Schulen sind die Lektionen abgesagt worden.

Frage:

- Sieht der Kanton Bern die Möglichkeit, den Gemeinden und Schulen eine einheitliche Empfehlung abzugeben, dass Lernschwimmbecken nicht herunterzukühlen sind, um den obligatorischen Schwimmunterricht in der nötigen Qualität sicherzustellen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)

Beantwortung: SID

Wie ist es um die Elektrifizierung des kantonalen Traktorenbestands bestellt?

Die Elektrifizierung im Mobilitätsbereich schreitet voran. In den letzten Jahren wuchs das Angebot an elektrisch betriebenen Fahrzeugen beträchtlich, so dass für immer mehr Anwendungen geeignete Elektrofahrzeuge erhältlich sind. Auch Elektro-Traktoren sind heute marktreif.¹

Im Zuge der Dekarbonisierung muss die Elektrifizierung auch im Traktorenbereich erfolgen, dies insbesondere in der Landwirtschaft. Für landwirtschaftliche Betriebe ergibt sich dadurch unter geeigneten Umständen der Vorteil, dass der Strom für den Betrieb der eigenen Traktoren direkt vor Ort mittels Photovoltaikanlage produziert werden kann.

Auch der Kanton Bern ist landwirtschaftlich tätig. So betreibt er in der Justizvollzugsanstalt Witzwil den schweizweit grössten landwirtschaftlichen Betrieb. Diese Anfrage bezieht sich indes nicht einzig auf landwirtschaftlich eingesetzte Traktoren.

Fragen:

1. Wie viele Traktoren befinden sich an welchen Standorten im Fahrzeugpark des Kantons Bern?
2. Wie viele dieser Traktoren werden elektrisch angetrieben?
3. Gibt es einen Regierungsbeschluss zur konsequenten und zeitnahen Elektrifizierung des kantonalen Traktorenbestands?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

¹ Vgl. z. B. <http://www.e-landwirtschaft.at/elektrotraktor-fendt/>.

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 23

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: von Bergen (Uetendorf, EVP) (Sprecher/in)
Streiff (Oberwangen, EVP)
Bossard-Jenni (Oberburg, EVP)

Beantwortung: SID

Sterben hinter Gittern

Personen, die aufgrund von schwerwiegenden Straftaten zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe oder Verwahrung verurteilt werden, werden immer älter und verbringen entsprechend auch die letzte Phase ihres Lebens im Justizvollzug. Wie in den Medien zu lesen war, gibt es keinen Ort, wo diese Menschen unter Erfüllung der Haftbedingungen palliative Pflege in Anspruch nehmen und im Beisein von Angehörigen sterben können.

Derzeit sind dies vermutlich noch eher Einzelfälle. Bei zunehmender Anzahl verwahrter Personen und zunehmendem Alter dieser, müssen sich die Öffentlichkeit und die Politik diesem Anliegen stellen und auch verwahrten Menschen ein würdevolles Ausscheiden aus dem Leben ermöglichen.

Fragen:

1. Wie ist das Personal in den Strafvollzugsanstalten bezüglich dieser Thematik sensibilisiert und geschult?
2. Welche Strategie verfolgt der Kanton Bern in dieser Thematik?
3. Wäre es für den Kanton Bern denkbar, gemeinsam mit Nachbarkantonen nach einem Ort zu suchen, wo palliative Pflege unter Einhaltung der Haftbedingungen möglich wird?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Gerber (Hinterkappelen, Grüne)

Beantwortung: BVD

Neues Polizeibootshaus auf dem Wohlensee

Vor drei Jahren wurde das Bootshaus Eymatt neu eröffnet. Kurze Zeit nach dem Erstellen des Gebäudes wurde darauf ein Brandanschlag verübt. Das führte zu einer Zerstörung des Eingangsbereichs. Das vom Brandanschlag in Mitleidenschaft gezogene Holz wurde daraufhin ersetzt.

Seit ein paar Tagen ist das ganze Gebäude mit einem Gerüst versehen.

Fragen:

1. Sind die bevorstehenden Arbeiten eine Folge des Brandanschlags oder gibt es sonstige Probleme?
2. An welche Holzbaufirma wurde der Auftrag vor drei Jahren vergeben?
3. Welches Holzzertifikat (Schweizer Holz, FSC oder PEFC) hat das verbaute Holz?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Bossard-Jenni (Oberburg, EVP)

Beantwortung: BVD

Wann kommt der Radweg Oberburg-Hasle wieder ins Parlament?

In der Frühlingssession dieses Jahres musste der Radweg Oberburg-Hasle aufgrund der Ausbaupläne der BLS sehr kurzfristig an den Regierungsrat zurückgewiesen werden. Bei den Gesprächen dazu wurde versichert, die BLS plane ihre neue Werkstätte mit dem Radweg.

Fragen:

1. Wie ist der Stand aktuell?
2. Welche Hürden stehen dem Radweg im Weg?
3. Wann wird der Kredit für den Radweg voraussichtlich wieder ins Parlament kommen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 24

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Brügger (Höfen b. Thun, SVP)

Beantwortung: BVD

Erweiterungsbau des Gymnasiums Thun

Der Grosse Rat hat im September einen Kredit von 90 Mio. Franken für den Erweiterungsbau des Gymnasiums Thun beschlossen. Ziel ist es, die ganze Schule am Standort Schadau zu zentralisieren, was sehr zu begrüssen ist. Kurz darauf wurde das Bauprojekt publiziert.

Fragen:

1. Sind gegen das Bauprojekt Einsprachen eingegangen?
2. Gibt es neben privaten Einsprechern auch Einsprachen von Umweltverbänden?
3. Welchen Teil des Bauprojekts bestreiten die Einsprecher?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 22.11.2022

Eingereicht von: Matti (Zweisimmen, Die Mitte)

Beantwortung: WEU

Tourismus Kanton Bern wie weiter?

Wiederholt wurde erwähnt, dass die heutige Destinationslandschaft und somit auch das Tourismusementwicklungsgesetz zu überarbeiten sind. Bis dato sind keine Informationen hierzu an die Destinationen gelangt. Der Kanton hält an der Destinationsstruktur bis 2023 fest. Diese ist auch die Grundlage für die Tourismusstrategie der NRP in der Programmperiode 2020-2023. Für die neue Programmperiode ist eine Aktualisierung nötig.

Fragen:

1. Welche Konsequenzen hat die Überarbeitung auf bestehende Strukturen, Aufgaben, Zusammenarbeit?
2. Soll an den aktuellen Finanzflüssen (z. B. Beherbergungsabgabe) festgehalten werden?
3. Inwieweit werden bei der Überarbeitung die Kooperation, die Professionalität und die Bestrebungen an der touristischen Basis berücksichtigt und am Prinzip Mittelherkunft = Mittelverwendung festgehalten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 22.11.2022

Eingereicht von: Matti (Zweisimmen, Die Mitte)

Beantwortung: WEU

Destinationsentwicklung Tourismus Kanton Bern

Wiederholt wurde erwähnt, dass die heutige Destinationslandschaft und somit auch das Tourismusedwicklungsgesetz zu überarbeiten sind. Bis dato sind keine Informationen hierzu an die Destinationen gelangt. Der Kanton hält an der Destinationsstruktur bis 2023 fest. Diese ist auch die Grundlage für die Tourismusstrategie der NRP in der Programmperiode 2020-2023. Für die neue Programmperiode ist eine Aktualisierung nötig.

Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Überarbeitung der Destinationsstruktur?
2. Zu welchem Zeitpunkt werden die Tourismusorganisationen einbezogen?
3. Werden die Bestrebungen (z. B. Kooperationen, Professionalität) an der touristischen Basis berücksichtigt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 24.11.2022

Eingereicht von: Remund (Mittelhäusern, Grüne) (Sprecher/in)
Kohler (Meiringen, Grüne)

Beantwortung: WEU

Netzanschluss-Praxis der BKW: Beschleunigung möglich und nötig

Das starke Wachstum der PV-Anlagen wurde 2022 aufgrund der steigenden Strompreise weiter angeheizt. Es werden wohl gegen 1 GW PV installiert werden in der Schweiz. Dämpfend wirken der Fachkräftemangel, der Materialmangel und auch lange Wartezeiten für den Netzanschluss. Die Netzbetreiber – im Kanton vorab die BKW – haben allerdings verschiedene regelkonforme Möglichkeiten, um den Anschluss zu beschleunigen. So muss z. B. nicht auf Netzverstärkungen gewartet werden, indem technisch (mittels Wechselrichter) die Leistung, die ins Netz zurückfliesst, gedrosselt wird. Sobald das Netz ausgebaut ist, kann dann die volle Leistung eingespeist werden. Gemäss verschiedenen Rückmeldungen von Anlagebetreibern setzt die BKW im Gegensatz zu anderen Verteilnetzbetreibern nicht auf dieses Mittel, sondern fordert zuerst Netzausbauten. Dies führt zu langen Wartezeiten, wovon insbesondere grössere, flächendeckende Anlagen betroffen sind, die nicht auf den Eigenverbrauch ausgelegt sind. Dies ist gerade im Jahr 2022 mit einer gewissen Gefahr einer Strommangellage nicht sinnvoll und für die Anlagebetreiber wie auch für den Kanton Bern nachteilig und führt bei den Anlagebetreibern zu Frustration und auch dazu, dass Anlagen nicht gebaut werden.

Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die BKW zumindest in gewissen Fällen nicht alle technischen Möglichkeiten nutzt, um Solaranlagen rasch ans Netz anzuschliessen?
2. Hält der Regierungsrat dieses Versäumnis für genügend schwerwiegend für den Kanton Bern, dass er über die Vertretung im Verwaltungsrat auf eine Änderung des Verhaltens der BKW hinwirken will?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)

Beantwortung: WEU

Wie erfolgreich ist die jagdliche Regulierung des Hirschbestands im Kanton Bern?

Der Wildtiereinfluss gefährdet im Kanton Bern zunehmend die natürliche Verjüngung der Wälder und damit auch die Aufrechterhaltung der Schutzfunktion der Schutzwälder. Bei 12 Prozent der Waldfläche ist der Zustand untragbar, bei weiteren 26 Prozent kritisch.²

Vom 16. bis 30. November 2022 wurde eine Sonderjagd auf Hirsche angesetzt.³ Grund ist, dass die vorgegebenen Ziele für die Bejagung des Rotwilds weder während der Hauptjagd noch während der Nachjagd erreicht wurden. Im Berner Oberland wurden die Ziele gemäss WEU hoch angesetzt, um insbesondere die Schutzfunktion der Wälder sicherzustellen.

Fragen:

1. Wie hoch waren dieses Jahr die Vorgaben zur Bejagung von Rotwild?
2. Wie viele Tiere wurden in der Haupt-, in der Nach- und in der Sonderjagd pro Wildraum erlegt?
3. Welches sind die natürlichen Feinde des Hirschs?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

² Vgl. Interpellation 051-2022 «Mit welchen Massnahmen kann die Gesundheit der Schutzwälder erhalten bleiben?» (<https://www.gr.be.ch/de/start/geschaefte/geschaeftsuche/geschaeftsdetail.html?guid=adeafe81de5847f39fe54e091a049f71>).

³ Vgl. <https://www.be.ch/de/start/dienstleistungen/medien/medienmitteilungen.html?newsID=a3fda905-c47c-452a-9870-c9e3d4f62c59>.

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Rüfenacht (Burgdorf, SP)

Beantwortung: WEU

Standards zur Anpassungen der Waldbewirtschaftung an den Klimawandel

Der Kanton sorgt für die unentgeltliche Beratung der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer. Die Beratung basiert auf den Bewirtschaftungsgrundsätzen der kantonalen Waldverordnung und verfolgt eine naturnahe Bewirtschaftung des Waldes.

Fragen:

1. Gibt es Standards für die Beratung durch den Revierförster betreffend eine an den Klimawandel angepasste Bewirtschaftungsform?
2. Ist in diesen Standards auch die natürliche Verjüngung des Waldes einbezogen?
3. Welche Empfehlungen gibt es für eine an den Klimawandel angepasste Baumartenwahl?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Rüfenacht (Burgdorf, SP)

Beantwortung: WEU

Wirkungskontrolle bei der Beratung der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer

Der Kanton sorgt für die unentgeltliche Beratung der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer. Die Beratung basiert auf den Bewirtschaftungsgrundsätzen der kantonalen Waldverordnung und verfolgt eine naturnahe Bewirtschaftung des Waldes.

Fragen:

1. Wie erfolgt die Wirkungskontrolle zur Umsetzung der naturnahen Bewirtschaftung des Waldes bei den kantonal übertragenen Aufgaben mit einer Leistungsvereinbarung (Reviervvertrag)?
2. Wie hoch sind die Ausgaben für alle Leistungsvereinbarungen?
3. Wie hoch sind die Ausgaben für die Wirkungskontrolle?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Freudiger (Langenthal, SVP)

Beantwortung: WEU

COVID-Entschädigungen für Gastronomiebetriebe, die Gäste diskriminieren?

Zur Linderung der Folgen der massiven staatlichen Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit als Folge der COVID-Pandemie hat der Kanton zahlreiche Unternehmungen finanziell unterstützt. Dies gilt insbesondere für die Gastronomie. Unrühmliche Schlagzeilen hat in den letzten Monaten aus dieser Branche die Brasserie Lorraine gemacht. Anscheinend wendet dieses Lokal diskriminierende Praktiken an, um nicht genehme Kundschaft auszugrenzen. So soll gemäss Medienberichten Menschen in Uniform, aber auch solchen mit liberalen politischen Haltungen die Bedienung verweigert worden sein. Ebenso wurde dieses Lokal bekannt, weil es die künstlerische Freiheit einer Band beschnitten und ein Konzert abgebrochen hat.

Fragen:

1. Hat auch die Brasserie Lorraine in Bern von COVID-Hilfen des Kantons profitiert und wenn ja, wurden diese in der Zwischenzeit wieder zurückbezahlt?
2. War die Auszahlung von COVID-Hilfen ganz grundsätzlich an gewisse Voraussetzungen bezüglich der Nicht-Diskriminierung der Kundschaft und der Gewährleistung der Kunstfreiheit gemäss Artikel 21 BV geknüpft?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortung: GSI

Warum mischt sich der Verwaltungsratspräsident der Inselgruppe in den Thuner Wahlkampf ein?

Am 27. November haben die Thuner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihren Stadtpräsidenten Raphael Lanz glanzvoll im Amt bestätigt. Im Wahlkampf hat sich auch Bernhard Pulver, der in Bern wohnhafte Verwaltungsratspräsident der Inselgruppe, für die Wahl der Mitbewerberin Andrea de Meuron und somit in der Konsequenz auch für die Abwahl des amtierenden Stadtpräsidenten eingesetzt. In der entsprechenden Wahlwerbung für seine Parteikollegin hat er auch explizit sein Amt als Verwaltungsratspräsident der Insel erwähnt. Ins Amt als Verwaltungsratspräsident der Inselgruppe ist er vom Regierungsrat des Kantons Bern delegiert.

Fragen:

1. Hat Bernhard Pulver beim Berner Regierungsrat die Genehmigung eingeholt, namentlich mit seinem Amt als Verwaltungsratspräsident der Inselgruppe für seine Parteikollegin im Wahlkampf aktiv zu werben?
2. Findet es der Regierungsrat gut, dass der von ihm delegierte Verwaltungsratspräsident der Inselgruppe in einem kommunalen Wahlkampf für eine Parteikollegin mit seinem Amt als Kantonsvertreter in der Inselgruppe wirbt?
3. Ergreift der Regierungsrat Massnahmen, um diesen mutmasslichen Missbrauch eines öffentlichen Amts für private, parteipolitische Interessen zu ahnden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Kohler (Spiegel b. Bern, FDP)

Beantwortung: GSI

Finanzierung eines Pilotprojekts für spezialisierte Palliative Care in der Langzeitpflege

Die im Titel erwähnte Motion wurde am 31. August 2020 eingereicht und am 15. März 2021 vom Grossen Rat als Motion überwiesen. Der Regierungsrat wird damit aufgefordert, die Finanzierung der spezialisierten Palliative Care in der Langzeitpflege sicherzustellen. Im Rahmen eines Pilotprojekts könnte eine solide Grundlage für eine kostendeckende Finanzierung ermittelt werden.

Fragen:

1. In der Berichterstattung «Parlamentarische Vorstösse und Planungserklärungen 2021» heisst es, die Arbeiten seien im Gang. Welche Meilensteine sind geplant oder schon umgesetzt?
2. In seiner Antwort hat der Regierungsrat auf die Umsetzung des durch den Bundesrat am 18. September 2020 verabschiedeten Bericht «Bessere Betreuung und Behandlung von Menschen am Lebensende» verwiesen. Wie ist der Stand dieser Umsetzung?
3. Wie soll die Versorgungslücke für kranke Menschen in komplexer, aber stabiler palliativer Situation, die auf spezialisierte Palliative Care, aber nicht mehr auf eine Spitalumgebung angewiesen sind, zwischen dem Spital und einer spezialisierte Langzeitinstitution konkret geschlossen werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Herren-Brauen (Rosshäusern, Die Mitte)

Beantwortung: GSI

Befragung «Bedarf an Übergangspflege im Kanton Bern» 2020

Das Thema Übergangspflege ist in der Spitallandschaft ein brennendes Thema. Im zweiten Halbjahr 2020 wurde durch die GSI eine mehrseitige Befragung zu allen Akutspitälern im Kanton Bern durchgeführt. Bis heute wurden keine Ergebnisse bekannt. Ziel der Umfrage war die Ermittlung, wie viele Personen ein Angebot der «akuten» Übergangspflege nach dem Spitalaufenthalt in Anspruch nehmen oder dieses benötigen würden, bevor sie in ein «normales» Pflegesetting eintreten können.

Fragen:

1. Wann und wem gibt der Regierungsrat diese Resultate bekannt?
2. Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat bei Vorliegen aus den Resultaten?
3. Warum wurden die doch wichtigen Resultate nicht veröffentlicht und den Antwortgebenden mitgeteilt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Wenger (Meikirch, SVP)

Beantwortung: GSI

Gesetzeskonforme Umsetzung des Verwaltungsgerichtsurteils zu den vorläufig Aufgenommenen durch die Gemeinden, insb. durch die Stadt Bern?

Diesen Sommer und Herbst hat sich das Verwaltungsgericht in grundsätzlicher Weise zu den Kürzungen der Sozialhilfe (Grundbedarf für den Lebensunterhalt, GBL) bei vorläufig Aufgenommenen (VA) geäussert. Die Entscheide wurden nötig, nachdem namentlich das Statthalteramt Bern-Mittelland zum Schluss kam, dass ab sieben Jahren Aufenthalt keine Kürzungen im GBL gegenüber den Ansätzen für Einheimische vorgenommen werden dürfen, und hiergegen Beschwerde erhoben wurde. Das Statthalteramt hat dem bestehenden Artikel 8 Absatz 4 SHV die Anwendung versagt. Das Verwaltungsgericht hat diesen Entscheid korrigiert und festgehalten, dass der Kanton Bern zufolge Bundesrecht (Art. 86 Abs. 1 AIG) den GBL für VA auch bei langjährigem Aufenthalt kürzen muss, ab langjährigem Aufenthalt (d. h. ab 10 Jahren) allerdings nur noch in etwas geringerer Höhe als 30 Prozent. Als richterliche Ersatzlösung wurde der Umfang der Kürzung für VA mit langjährigem Aufenthalt auf 15 Prozent festgelegt.

Fragen:

1. Ist sichergestellt, dass jene bernischen Gemeinden, die aufgrund des falschen Statthalterentscheids im Verwaltungskreis Bern-Mittelland ihre GBL-Ansätze für VA ohne Kürzung auf die Ansätze der Einheimischen erhöht haben, ihre Praxis jetzt wieder korrigieren im Sinn der Verwaltungsgerichtsurteile (d. h. 30 %-Kürzung während 10 Jahren Aufenthalt, danach Kürzung von 15 %)?
2. Ist insbesondere sichergestellt, dass die Stadt Bern, welche die falschen Statthalterurteile damals gemäss Medienberichten nicht angefochten hat, jetzt eine rechtlich korrekte Auszahlungspraxis vornimmt?
3. Was kann der Regierungsrat tun, um Gemeinden, die zu grosszügig auszahlen, zu einer rechtlich korrekten Praxis anzuhalten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP) (Sprecher/in)
Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)
Schär (Schönried, FDP)
Blatti (Oberwil im Simmental, EDU)
Matti (Zweisimmen, Die Mitte)

Beantwortung: GSI

Beteiligung Kanton Bern am Spital Zweisimmen

Gemäss Medienmitteilung «Gesundheitsnetz Simme Saane» – die Weichen sind gestellt» vom 17. November 2022 der Spital STS AG, der Gesundheit Simme Saane AG und der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion des Kantons Bern sollen die Gemeinden des Obersimmentals und des Saanenlandes sowie Dritte das «Gesundheitsnetz Simme Saane» tragen.

Gemäss Eigentümerstrategie des Kantons bezüglich der Regionalen Spitalzentren (RSZ) und der Regionalen Psychiatrischen Dienste (RPD) gemäss Spitalversorgungsgesetz (SpVG) vom 7. Januar 2020 kann vom Regierungsrat ausnahmsweise eine Abweichung vom Grundsatz der qualifizierten Mehrheitsbeteiligung beschlossen werden, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist: 1.) Der Kanton hält zusammen mit anderen öffentlichen Gemeinwesen oder von der öffentlichen Hand beherrschten Institutionen kapital- und stimmenmässig die Mehrheit an der Trägerschaft oder 2.) die Abweichung ist für eine zweckmässige Versorgung nötig.

Im Berner Jura (Spitäler St-Imier und Moutier) hat der Regierungsrat einer Minderheitsbeteiligung zugestimmt. Im Wissen, dass das Spital Zweisimmen aufgrund der 50-km-Distanzkomponente als versorgungsnotwendig deklariert wurde, stellen sich folgende Fragen:

Fragen:

1. Zieht der Regierungsrat eine Beteiligung am Spital Zweisimmen in Erwägung?
2. Falls nein, wie begründet der Regierungsrat seinen Entscheid?
3. Welche finanziellen Leistungen flossen vom Kanton Bern ab 2007 an den Spitalstandort Zweisimmen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP) (Sprecher/in)
Knutti (Weissenburg, SVP)
Schär (Schönried, FDP)
Matti (Zweisimmen, Die Mitte)
Blatti (Oberwil im Simmental, EDU)

Beantwortung: GSI

Ersatz des Lebenszyklusmanagements nach Artikel 56 SpVG

Das Spitalgebäude in Zweisimmen ist über 50-jährig und in einem maroden Zustand. Die Spital STS AG betreibt seit 2007 das Spital Zweisimmen und ist für die Sicherstellung der Spitalinfrastruktur und deren Investitionskosten verantwortlich. Heute muss ein langjähriger Investitionsstau festgestellt werden.

Bis ins Jahr 2016 waren Listenspitäler im Kanton Bern verpflichtet, ein Lebenszyklusmanagement über ihre Infrastruktur zu führen (Art. 56 SpVG) und brachten der zuständigen Stelle der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (heute Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion) das Lebenszyklusmanagement und den Investitionskostenanteil der Abgeltung nach Artikel 49a KVG abzüglich der Anlagenutzungskosten zur Kenntnis.

Fragen:

1. Was wurde im Lebenszyklusmanagement des Spitals Zweisimmen bis ins Jahr 2016 festgestellt?
2. Welche Massnahmen wurden seit 2016 mit der Spital STS AG bezüglich des Spitalstandorts Zweisimmen getroffen bzw. vom Kanton angeordnet?
3. Wie gedenkt der Regierungsrat, den langjährigen Investitionsstau im Spital Zweisimmen zu decken?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 25

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Kocher Hirt (Worben, SP) (Sprecher/in)
Dunning (Biel, SP)

Beantwortung: GSI

Welche Rolle nimmt der Kanton Bern als Minderheitsaktionär im neuen Versorgungsmodell Réseau de l'Arc ein?

Das Swiss Medical Network, die Krankenkasse Visana und die Gesundheitsdirektion des Kantons Bern, haben ein Projekt lanciert und wollen eine Versorgungsregion mit integrierter Versorgung aufbauen. Dies soll einen «Paradigmenwechsel» und «ganz neue Perspektiven» aufzeigen.

Als Vorbild dient ein Unternehmen aus den USA. Das neue System baut auf einer Änderung der Finanzierung auf – auf einer Pro-Kopf-Pauschale. Ab 2024 will die Visana im Berner Jura keine einzelnen Behandlungen mehr bezahlen, sondern nur noch einen jährlichen Pauschalbetrag pro Versichertem. Damit sollen die Spitäler in Moutier und St-Imier sowie die Ärzte, die beim Modell mitmachen, einen Anreiz erhalten, ihre Patienten möglichst gut und nicht möglichst teuer zu behandeln.

Dazu wird eine neue Organisationsstruktur geschaffen: Die Swiss Medical Network hält nur noch 35,1 Prozent der Aktien, der Kanton Bern und die Krankenkasse Visana besitzen je 32,4 Prozent. Das Spital Berner Jura heisst neu Réseau de l'Arc – Netzwerk des Jurabogens.

Der Kanton Bern ist also Projektträger, und es stellen sich verschiedene Fragen zur Rolle des Kantons in diesem Projekt.

Fragen:

1. Die Entwicklung eines Projekts wie oben beschrieben geht immer mit einer Planungsphase einher. Dabei entstehen Projekt- und Entwicklungskosten. Wie hoch sind diese Kosten für den Kanton Bern?
2. Auf wie viel belaufen sich die Kosten über die ganze Projektdauer?
3. Sind die Investitionen des Kantons Bern als A-fonds-perdu-Beiträge anzusehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 27.11.2022

Eingereicht von: Bösiger (Niederbipp, SVP)

Beantwortung: DIJ

Misstände im Antragswesen für Familien- und Kinderzulagen in der Landwirtschaft

In der Landwirtschaft im Kanton Bern arbeiten viele Mitarbeiter meist nur saisonal oder wenige Monate. Nach Einreichung der Anträge mittels der offiziellen Formulare dauert der Verarbeitungsprozess der AHV-Zweigstellen und der Ausgleichskasse Bern extrem lange. In mir geschilderten Fällen gab es nach acht Monaten noch immer keinen Entscheid, ob die Zulagen erteilt werden. Auf Nachfrage erhalten die Betroffenen teils keine oder nur ausweichende Antworten. Dies sind keine Einzelfälle, sondern eher Standard. Wenn Mitarbeiter nach Vertragsende wieder in ihr Heimatland reisen wollen und weder der Entscheid der Familien- und Kinderzulagen gefällt, noch der Auszahlungsprozess in Gang gesetzt sind, ist dies äusserst ärgerlich für die Mitarbeiter und die Betriebsleiter. Dazu kommt, dass die Ausgleichskasse nicht gewillt ist, den Mitarbeitern nach deren Abreise die Gelder später direkt ins Ausland zu entsenden, insofern noch kein Entscheid vorliegt. Von der Verwaltung erwarten wir eine speditive Verarbeitung der Gesuche und nicht eine Verzögerung. Solche unhaltbaren Zustände können wir nicht akzeptieren.

Fragen:

1. Wie ist im Kanton Bern die zeitliche Norm vom Einreichen der Anträge bis zur Bewilligung bzw. Auszahlung der Zulagen?
2. Welche Massnahmen ergreift der Kanton, damit der Prozess vereinfacht und beschleunigt wird?
3. Wieso hat ein landwirtschaftliches Unternehmen nicht vollen Zugriff auf das Online-Portal?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Schneider (Biel, SVP)

Beantwortung: DIJ

Zwangsheiraten im Berner «Haus der Religionen»

In der Moschee im «Haus der Religionen» in Bern werden Zwangsheiraten durchgeführt. Gemäss Medien-Recherchen handelt es sich um rund ein Dutzend Fälle. Der Muslimische Verein Bern, dem die Leitung der Moschee obliegt, scheint nur beschränkt zu wissen, was im Gotteshaus vor sich geht.

Fragen:

1. Verfügt der Kanton im Rahmen seiner Aufsichts- und Kontrollbefugnisse über Möglichkeiten, um gegen eine Gemeinde vorzugehen, die Staatsbeiträge an Institutionen auszahlt, Zwangsheiraten duldet oder nicht dagegen einschreitet?
2. Welche Massnahmen ergreift der Kanton Bern, um Zwangsheiraten wie im «Haus der Religionen» zu unterbinden, und wie werden die bekannt gewordenen Fälle sanktioniert?
3. Erhält das «Haus der Religionen» vom Kanton finanzielle Zuwendungen, und wenn ja, in welcher Form und in welcher Höhe?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Bohnenblust (Biel, FDP)

Beantwortung: DIJ

Grundbuchämter: Stand der hängigen Geschäfte und Pendenzen

In der Interpellationsantwort 061-2022 vom 31. August 2022 (*Ungünstige Entwicklung in den Grundbuchämtern, insbesondere im GBA Seeland: Wie weiter?*) wurde u. a. ausgeführt, dass die Zahl der hängigen Geschäfte keine Auskunft gebe über «reine Pendenzen».

Weiter wurde in Aussicht gestellt, dass vier Konzepte und Massnahmen (Vereinfachung bei analogen Prozessen – weitere Digitalisierungsschritte – Optimierungen in der Zusammenarbeit mit Kundinnen und Kunden – Optimierung beim Verfahren betreffend Handänderungssteuern respektive deren Stundung) geprüft werden, damit eine Senkung der Pendenzen respektive der Durchlaufzeiten erreicht werden könne; deren Umsetzung starte spätestens 2023.

Fragen:

1. Wie haben sich die Zahlen der hängigen Geschäfte pro Region im Jahr 2022 (Stand Ende Oktober) zum Stand Ende 2021 bzw. Ende Oktober 2021 entwickelt?
2. Wie lauten die Zahlen betreffend «reine Pendenzen»?
3. Welche der vier Konzepte/Massnahmen werden wann umgesetzt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Wintersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 28.11.2022

Eingereicht von: Bohnenblust (Biel, FDP)

Beantwortung: DIJ

Kantonales Grundbuchamt: Zum Abgang in der zentralen Amtsleitung

Bekanntlich wurde auf den 1. Juli 2021 bei den Grundbuchämtern ein neues Führungsmodell mit einer zentralen Amtsleitung eingeführt. Der Regierungsrat wollte damit u. a. die Koordination und die Leistungsfähigkeit der Grundbuchämter stärken (vgl. dazu auch Antwort Regierungsrat auf Anfrage 20 Herbstsession 2021). Dort wurde auch ausgeführt, dass die durchschnittliche Verfahrensdauer noch nicht erfasst werde und daher eine statistische Aussage nicht möglich sei.

Inzwischen ist bekannt, dass die bisherige Amtsvorsteherin der zentralen Leitung auf Ende Januar 2023 gekündigt hat.

Fragen:

1. Wird die Verfahrensdauer inzwischen statistisch erfasst?
2. Wie ist das Vorgehen nach der Kündigung der Amtsvorsteherin geplant?
3. Wird allenfalls auch eine Rückkehr zur alten Struktur mit Geschäftsleitung durch die Grundbuchämter selbst geprüft?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz